

Medien-Information

6. Mai 2016

Sozialministerin Alheit weist Vorwürfe als unhaltbar zurück: „Die Heimaufsicht ist schon lange allen vorliegenden Hinweisen nachgegangen“

KIEL. Sozialministerin Kristin Alheit hat heute die Vorwürfe gegen die Heimaufsicht und ihre Amtsführung im Zusammenhang mit den Jugendhilfeeinrichtungen Rimmelsberg und Dörpling vehement zurückgewiesen. „Auch in den jetzt öffentlich gemachten Fällen ist die Heimaufsicht schon lange allen vorliegenden Hinweisen nachgegangen“, erklärte Alheit gestern. „Die von den Linken und den Piraten jetzt vorgebrachten Vorwürfe sind nicht nur alt, hier bereits seit Monaten bekannt, sondern auch längst überprüft worden.“ Dabei hätten sich einige Vorwürfe bestätigt, andere nicht. „Wo sie sich bestätigt haben, hat die Heimaufsicht alle rechtlich möglichen Maßnahmen ergriffen und sie abgestellt.“ Alheit begrüßte die Sondersitzung des Sozialausschusses am kommenden Montag. Sie sei gerne bereit, die Fachpolitiker so umfassend wie möglich zu informieren.

Sie setzte sich gegen die Kritik zur Wehr, seit dem Fall Friesenhof habe es keine Verbesserungen gegeben. „Jeden Hinweis auf jedwede Art von Kindeswohlgefährdung nimmt die Heimaufsicht – nehme ich – sehr ernst und es wird - wie in den anderen Einrichtungen auch - den Hinweisen nachgegangen und im Rahmen der uns derzeit zustehenden rechtlichen Möglichkeiten gehandelt“, betonte Alheit.

„Die Behauptung, es hätte sich nach dem Friesenhof nichts verändert und ich hätte keine Konsequenzen gezogen, ist falsch.“ Vielmehr zeigten diese beiden Fälle, dass die Maßnahmen, die seit Sommer letzten Jahres ergriffen wurden, wirkten.

Maßnahmen zur Stärkung der Heimaufsicht:

- Das Personal der Heimaufsicht ist verstärkt worden. 2013 von 4 auf 6 Mitarbeiter, 2015 sind aus 6 Stellen 8 geworden. 4 Stellen werden in den kommenden Wochen besetzt.
- Mittlerweile ist das Referat neu strukturiert und von anderen Aufgaben entlastet worden, damit sich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter voll auf die Aufgaben der Heimaufsicht konzentrieren können.

- Die Meldewege im Ministerium wurden effizienter gestaltet.
- Staatssekretärin Anette Langner führt persönlich einen Jour Fixe mit der Heimaufsicht durch. Ziel: Eine enge Begleitung durch die Hausspitze und Unterstützung und Rücken- deckung im Sinne eines am Kindeswohl orientierten Handelns in Ermessensfragen.
- Das Ministerium setzt sich seit Monaten mit Hochdruck **für eine Reform der §§ 45 ff. SGB VIII** ein. Der Grund: Die rechtlichen Handlungsmöglichkeiten der Heimaufsicht sind nicht ausreichend. In den betreffenden Bund-Länder-Gesprächen besteht mittler- weile weitgehende Einigung gibt.

Hintergrund zu den in Hamburg erhobenen Vorwürfen:

Nachdem die Linken-Abgeordnete Boeddinghaus aus Hamburg – auf Nachfrage MSGWG - am Mittwochnachmittag die Grundlage der präsentierten Vorwürfe zuge- schickt hat, ist festzustellen: Die Vorwürfe sind nicht neu, sie waren der Heimaufsicht bereits bekannt und sie wurden unverzüglich untersagt und abgewendet.

- Hinsichtlich der Einrichtung in Rimmelsberg handelt es sich um Vorfälle, die sich in den Jahren 2010 bis Sommer 2015 abgespielt haben sollen.
- Die Vorwürfe basieren auf einem Schreiben, in dem die Angaben von vier anonymisier- ten Jugendlichen aufgeführt werden.
- Dieses Schreiben vom 10.12.2015 ist der Heimaufsicht schon seit dem 11.12.2015 bekannt. Die Heimaufsicht ist diesen Hinweisen unverzüglich nachgegangen. Die ge- schilderten Vorwürfe sind seit langem nicht mehr aktuell.
- Auch die gegen die Heilpädagogische Jugendhilfe in Dörpling erhobenen Vorwürfe sind entweder ausgeräumt oder sie haben sich in der Überprüfung seit Mitte vergangenen Jahres als nicht zutreffend herausgestellt. Ein anderes Beispiel ist, dass die Aufsicht im Juni 2015 bei einer unangemeldeten örtlichen Prüfung in Dörpling aus den Gesprächen mit Jugendlichen Hinweise auf ein pädagogisch fragwürdiges Punktesystem bekommen hat. Dieses Punktesystem ist abgestellt worden und der Betreiber hat sein Konzept an- gepasst.
Bei einem Betriebsbesuch der Heimaufsicht am 4.5.2016 in der Einrichtung ergaben sich keine Hinweise auf eine mögliche Kindeswohlgefährdung oder Erkenntnisse über mögliches Fehlverhalten von derzeit beschäftigten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Der Träger erfüllt den notwendigen fachlichen Personalstand.